

Grüne lehnen Initiativen ab

ZUG red. Die Alternativen-die Grünen (ALG) der Stadt Zug lehnen die beiden Initiativen «Ja zur historischen Altstadt» und «Ja zu gesunden Stadtfinanzen» einstimmig ab. Das teilt die Partei in einem Schreiben mit. Die beiden Initiativen würden lediglich vorgeben, sich um die Stadtfinanzen und den Erhalt der Altstadt zu bemühen. Doch beides sei scheinheilig und schlicht nicht wahr, heisst es in der Mitteilung weiter. Der Zusammenzug der Stadtverwaltung an einem Ort werde die Altstadt nicht verkümmern lassen. Das Gegenteil werde der Fall sein, weil so Platz für neue, publikumswirksame Projekte geschaffen wird.

GLP sagt drei Mal Nein

ZUG red. Die GLP hat die Parolen zu den kantonalen und den städtischen Abstimmungen gefasst. Die Grünliberalen lehnen gemäss einer Mitteilung die Initiative der SVP «Ja zur Mundart ab und sagen Ja zum Gegen-vorschlag von Regierungs- und Kantonsrat. Die Forderung der Initianten sei praxisfremd und in der schulischen Realität kaum umsetzbar, befindet die GLP. Ausserdem schiesse sie übers Ziel hinaus.

Auch die beiden Initiativen «Ja zu gesunden Stadtfinanzen» und «Ja zur historischen Altstadt», die den Verkauf des L&G-Gebäudes durch die Stadt und den Verbleib der Stadtverwaltung in der Altstadt fordern, leh-

Suche nach Sparpotenzial

KANTONSRAT In einer Motion verlangen 32 bürgerliche Parlamentarier die Gesetze auf mögliche Einsparungen zu überprüfen. Der Finanzdirektor scheint nicht abgeneigt.

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch

Die Gesetzessammlung des Kantons Zug soll auf ihr mögliches Sparpotenzial untersucht werden. Dies verlangt Daniel Stadlin in einer Motion. 31 Kantonsräte haben das Begehren des Stadtzuger GLP-Politikers mitunterzeichnet. Bei dieser Ausgangslage erscheint es wahrscheinlich, dass die Motion an die Regierung zur Bearbeitung überwiesen wird. Denn für eine Nichtüberweisung braucht es eine Zweidrittelmehrheit.

«Der Regierungsrat wird beauftragt, die Zuger Gesetzessammlung auf ihre monetäre Konsequenz auf den kantonalen Finanzhaushalt zu analysieren sowie mögliche Einsparungen aufzuzeigen und zu quantifizieren», schreibt

Stadlin in seiner Eingabe und begründet: «Die regierungsrätliche Finanzstrategie 2017 bis 2025 gibt vor, das strukturelle Defizit mit geeigneten Massnahmen abzubauen und Aufwand und Investitionen den Einnahmen anzupassen, so



«Ein Teil unseres Problems könnte selbst gemacht sein.»

DANIEL STADLIN,
ZUGER GLP-KANTONSRAT

dass ab 2019 ausgeglichene Rechnungen resultieren.» Dies sei ein äusserst ambitioniertes Ziel, werde doch der Handlungsspielraum der kantonalen Finanzpolitik durch die internationale und nationale Wirtschaftslage sowie durch gesetzliche Vorgaben durch den Bund,

insbesondere durch den nationalen Finanzausgleich (NFA), stark eingeschränkt. «Aber eben nicht nur», schreibt Stadlin weiter. «Ein nicht unwesentlicher Teil unseres monetären Problems könnte durchaus selbst gemacht sein.» Seit der Jahrtausendwende habe sich der Aufwand im Finanzhaushalt um 97 Prozent erhöht, während die Bevölkerung nur um knapp 27 Prozent zugenommen habe, rechnet der Zuger vor. Auch unter Berücksichtigung der seit 2008 hohen Zahlungen in den NFA bleibe immer noch ein Ausgabenwachstum von etwa 65 Prozent. «Dies deutet darauf hin, dass in finanziell guten Zeiten über das Notwendige hinaus viel Wünschbares in die kantonalen Gesetze aufgenommen und der Aufgabenbereich so unverhältnismässig erweitert wurde», sagt Stadlin.

Schlankes Verwaltung

Durch die Projekte ZFA-Reform 2018, Finanzen 2019 und Regierung und Verwaltung 2019 müssten kantonale Gesetze angepasst werden. Auch wenn die Regierungs- und Verwaltungsreform die parlamentarische Hürde nicht schaffen sollte, müsse der angestossene Restrukturierungsprozess weitergeführt werden, schreibt Stadlin und

betont: «Denn das in der Finanzstrategie definierte Ziel ist nicht ohne schlanke und günstige Verwaltung zu erreichen.» Deshalb soll im Rahmen der initiierten Projekte die gesamte Zuger Gesetzessammlung auf Sparpotenzial untersucht und entsprechend angepasst werden.

In laufende Prozesse integrieren

Er nehme den Inhalt der Motion und den Support, den diese im Kantonsrat genieße, zur Kenntnis, sagt Finanzdirektor Heinz Tännler. Noch sei der Vorstoss aber weder überwiesen noch erheblich erklärt. «Sollte die Motion überwiesen werden, muss der prozesuale Weg definiert werden, sprich, wie man an das Thema herangeht», sagt der Landammann. «Auch beim Entlastungsprogramm und bei den Finanzen 2019 mussten oder müssen immer die gesetzlichen Grundlagen hinterfragt werden.» Im Falle einer Überweisung der Motion, sei es also allenfalls auch möglich, dass deren Inhalt bereits in die laufenden Sparprozesse aufgenommen werden könne, sagt Tännler und ergänzt: «Das müsste der Regierungsrat vorab besprechen und der Kantonsrat letztlich absegnen.»

77 Bombay Street rocken Cham



Rundgang im Pflegezentrum

BAAR red. Am kommenden Samstag, 3. September, ist es so weit. Das neue